



Gregor Rutz im Wahlkampf.

15 Sehen wir noch mehr Kettensägen in der Politik?

Gregor Rutz hat sie kein Glück gebracht. Der SVP-Nationalrat setzte die Kettensäge in einem Video im Ständeratswahlkampf ein – als Mittel im Kampf gegen die Bürokratie: Unzimperlich zerlegte er zwecks Befreiung von Gewerbe und Landwirtschaft, unter Wahrung aller Schutzvorkehrungen, ein Pult.

Dass es doch nicht klappte mit dem Einzug ins Stöckli, heisst nicht, dass das Werkzeug aus dem politischen Diskurs verschwindet. Argentinien's Präsident Javier Milei, der die Kettensäge zum Symbol erhoben hat, fängt erst an, Hand an die Institutionen seines Staates zu legen. Hierzulande bleibt die Politik polarisiert, Wahlkämpfe werden aggressiver. Es ist eine Frage der Zeit, bis weitere Politicker Späne fliegen lassen. Simon Marti

16 Wie stark steigen die Gesundheitskosten?

Solange es uns gutgeht, nehmen die Kosten zu. Denn das ist das Paradox des Gesundheitswesens: Mit steigender Lebenserwartung und wachsendem Wohlstand geben wir immer mehr Geld für Lebenszeit und Lebensqualität aus. Entsprechend entwickeln sich die Prognosen: Gemäss Konjunkturforschungsstelle (KOF) wachsen die Gesundheitskosten in den nächsten zwei Jahren um 3,6 und 3,2 Prozent. Die Krankenkassen rechnen für 2024 mit einem Kostenanstieg von 3,4 Prozent. Der Vergleichsdienst Comparis geht von 4 Prozent aus, was 2025 zu 4 bis 5 Prozent höheren Krankenkassenprämien führen dürfte.

Mit der eben vom Parlament beschlossenen neuen Finanzierung (Efas) könnte ab 2028 etwas Entspannung eintreten, da sie günstigere ambulante Behandlungen fördert. Stoppen lässt sich die Entwicklung aber nicht. Ein Trost: Der steigende Anteil der Gesundheitskosten an den gesamtwirtschaftlichen Ausgaben ist laut KOF nicht per se problematisch. Gesundheitsgüter sind oft ressourcenschonender als andere Konsumgüter. Das heisst zum Beispiel: mehr Geld für die Gesundheit, weniger fürs Fliegen – die Natur dankt's. René Donzé

17 Warum braucht die Schweiz vier Sprachen?

Die Sprachenvielfalt fördert den politischen Kompromiss – und sorgt regelmässig für unfreiwillige Pointen im Nationalrat. Von Andrea Kučera

Spricht Beat Jans gerade über Schafe? Der frisch gewählte Bundesrat steht im dunkelblauen Anzug am Rednerpult im Nationalratssaal und strahlt über das ganze Gesicht. Wie es sich in der viersprachigen Schweiz gehört, bedankt er sich zunächst auf Deutsch und dann auf Französisch für seine Wahl. Es folgen ein paar salbungsvolle Worte auf Italienisch und schliesslich der obligate Exkurs ins Rätomanische.

Die Journalistenkollegin aus Graubünden verzieht theatralisch das Gesicht, als Jans von seiner *finamira principala* zu sprechen beginnt. Wortreich beschwört er anschliessend das *bainesser* der *scheva*, und die Kollegin behauptet steif und fest, dieses Wort existiere nicht. Oder hat er vielleicht *schafa* gesagt? Seit wann sorgt sich der Bundesrat um das Wohl der Schafe? Zum Glück wiederholt Jans seine Worte auf Deutsch: «Mein oberstes Ziel wird immer das Wohl unserer Chefin sein, und das ist die Bevölkerung unseres Landes.» Jäso.

Warum braucht die Schweiz vier Sprachen? Weil es sonst im Parlament weniger lustig zu- und herginge. Vor einem Jahr war es Elisabeth Baume-Schneider, die nach ihrer Wahl in den Bundesrat vor lauter Freude die italienischsprachigen Notizen am Sitzplatz vergass und einfach drauflos improvisierte. Doris Leuthard ihrerseits palaverte in ihrer Zeit als Bundesrätin munter vom *avione*, obwohl es dieses Wort auf Italienisch gar nicht gibt.

Und als der Bündner Martin Candinas ein Jahr lang Nationalratspräsident war, liess er für alle Nicht-Romanischsprachigen (also 99,5 Prozent der Bevölkerung) extra ein *Vademecum* drucken mit den wichtigsten rätomanischen Wörtern für den Parlamentsbetrieb. Wir lernen daraus unter anderem, dass man auf Rätomanisch *tractativa detagliada* sagt für «Detailberatung». Und dass es für «Ständerätin» sogar zwei Ausdrücke gibt: *cussegliera dals chantuns* auf Romansch Grischun und *cussegliera dils stans* auf Sursilvan.

Erst notwendiges Übel, dann Mythos

Warum braucht die Schweiz vier Sprachen? Weil es zum Bürgerkrieg käme, wenn die Schweiz ihre Mehrsprachigkeit aufgäbe. Das Szenario, welches im Kinofilm «Bon Schuur Ticino» heraufbeschworen wird, ist nur auf den ersten Blick absurd. Dort greifen die Tessiner zur Waffe, weil die ganze Schweiz auf einmal Französisch sprechen muss. Tatsächlich kam es Ende des 18. Jahrhunderts zu intensiven Auseinandersetzungen über die Rolle der Sprache im jungen Staat, wie Romedi Arquent es in seinem Buch «Plädoyer für eine gelebte Mehrsprachigkeit» nachzeichnet. Viele Abgeordnete der Helvetischen Republik konnten sich damals nur schlecht ein Land ohne einheitliche Sprache vorstellen.

Es war die Zeit der Nationalstaatenbildung, und Sprache galt als wichtigstes Merkmal einer nationalen Identität.

Doch welches Idiom sollte es sein? Natürlich Deutsch, fanden die Deutschschweizer Abgeordneten und mäkelten: Ein mehrsprachiger Rat gleiche eher einer Sprachschule als einer gesetzgebenden Versammlung. Weil aber Weltsche und Tessiner rebellierten, einigte man sich schliesslich auf drei offizielle Sprachen.

Dieser Zustand währte jedoch nicht lange: Vor der Gründung des Bundesstaates 1848 flammte die Idee einer Nationalsprache erneut auf. Erst als die Auseinandersetzung zwischen Liberalen, Radikalen und Konservativen in den Sonderbundskrieg mündete, gab man diesen

Plan wieder auf. Den politischen Eliten wurde bewusst: Das Beharren auf Deutsch als Hauptsprache hätte den politischen Konflikt zusätzlich angeheizt und wohl das Ende der Schweizerischen Eidgenossenschaft bedeutet. Das wollte man nicht. Und so wurde die moderne Schweiz mehrsprachig.

Interessant ist, was danach passierte: Was zunächst bloss als notwendiges Übel akzeptiert wurde, erhielt in den 1930er Jahren auf einmal eine gegenteilige Bedeutung. Im Zuge der geistigen Landesverteidigung avancierte die Mehrsprachigkeit plötzlich zum identitätsstiftenden Merkmal des Landes, die Verschiedenheit der Kulturen zum lebendigen Beweis für die Willensnation: Schaut her, wir sprechen zwar alle anders, leben aber trotzdem friedlich beisammen. Es ist kein Zufall, dass Rätomanisch just in dieser Zeit, nämlich 1938, zur vierten Landessprache geadelt wurde.

Die Bibel irrt

Warum braucht die Schweiz vier Sprachen? *Parce que la Suisse n'existe pas*. Dieser Satz des schweizerisch-französischen Künstlers Ben Vautier zierte 1992 den Pavillon der Schweiz an der Weltausstellung in Sevilla und wurde zum Stein des Anstosses. Rechtskonservative fühlten sich durch die Aussage, die Schweiz existiere nicht, provoziert. Sie sprachen von einem «defaitistischen Spektakel». Mehrere Bundesparlamentarier reichten Vorstösse ein, in denen sie die «höhere Blöderei» anprangerten. Dabei passt der Spruch perfekt: Es gibt nicht DIE Schweiz. Die Schweiz gibt es nur in der Mehrzahl. *Et tant mieux*.

Im Alten Testament bestraft Gott die Menschen für ihren Hochmut, den Turm von Babel bauen zu wollen, indem er ihnen ihre gemeinsame Sprache nimmt: «Wohlauf, lasst uns herniederfahren und dort ihre Sprache verwirren, dass keiner des andern Sprache verstehe!» Doch die Bibel irrt. Sprachenvielfalt ist keine Bestrafung, sondern eine Bereicherung! Wer sich anstrengen muss, um seine *compatriotes* zu verstehen, bleibt offen für andere Weltanschauungen, bleibt geistig mobil. Von der Einsprachigkeit ist der Weg hingegen nicht weit zum eindimensionalen Denken.

Von der Mehrsprachigkeit, die These sei gewagt, profitiert gar die politische Kultur. In der Schweiz, so schrieb der welsche Schriftsteller und Übersetzer Étienne Barilier einst, seien parlamentarische Debatten wie in einem leichten Nebel gehüllt. In der Tat fallen im Vergleich zum Ausland die Vorsicht und der Anstand der Parlamentsmitglieder auf. Versteckte Bosheiten werden unterlassen, weil man davon ausgehen muss, dass solche sprachlichen Finessen oder Doppeldeutigkeiten nicht verstanden würden. Wer Rücksicht auf die Sprachkenntnisse des politischen Gegners nehmen muss, der widerspricht auch weniger virulent – und geht viel eher Kompromisse ein. In diesem Sinne: Ein Hoch auf das Wohl der Schafe!



Gegen Sprachbarrieren: Dolmetscherin im Bundeshaus.

18 Kann ich als Politiker reich werden?

Die kurze Antwort lautet: wahrscheinlich nicht. Politik ist ein schwer planbarer Karriereweg. Die allermeisten, die ihn antreten, kommen nicht einmal in die Nähe jener Ämter, bei denen sich das Engagement auch finanziell zu lohnen beginnt. Die finden sich, mit Ausnahme der Kantonsregierungen, in Bern.

Auf nationaler Ebene ist die Politik durchaus anständig entschädigt. Addiert man Grundlohn, Sitzungsgelder und Entschädigungen, kann ein durchschnittlicher Nationalrat mit über 130 000 Franken pro Jahr rechnen. Die durchschnittliche Ständerätin nimmt etwas mehr ein. Sie sitzt im Schnitt in mehr Kommissionen und erhält folglich mehr Sitzungsgeld.

Mitleid muss also niemand haben mit den National- und Ständeräten – sie erhalten ansehnliche Beträge. Allein, reich wird man davon nicht, zumal die Parteien noch Mandatsabgaben einziehen und bald der nächste Wahlkampf finan-

ziert werden muss. Nicht so schlimm, schliesslich arbeiten unsere Milizpolitiker weiter in ihren angestammten Berufen. In der Theorie zumindest.

Aber die Politik frisst bei vielen Parlamentariern längst den Grossteil der wachen Stunden auf. So wird das Amt für manche zum potenziellen Verlustgeschäft. «Finanziell lohnt sich die Politik nicht», sagt der FDP-Nationalrat und -Vizepräsident Andri Silberschmidt. «Ich könnte unter dem Strich mehr

verdienen, würde ich mich auf die Privatwirtschaft konzentrieren.» Besser hat es da die Regierung. Eine Bundesrätin oder ein Bundesrat verdient üppig, satte 470 000 Franken pro Jahr. Aber darauf wetten, dereinst in die Landesregierung einzuziehen, sollte nun wirklich niemand. Fragen Sie einmal Eva Herzog. Oder Daniel Jositsch.

Was kann also ein durchschnittlich begabter Parlamentarier mit wenig Aussicht, es in den Bundesrat zu schaffen, tun, um seine Zeit in Bern zu vergolden? Er oder sie stürzt sich auf Nebenmandate. Hier, endlich, besteht die Aussicht, richtig Geld zu verdienen. «Es gibt Nebeneinkünfte die sehr viel einbringen», bestätigt die SP-Nationalrätin Nadine Masshardt. Gerade die Mandate bei Krankenkassen würden unverstänglich hoch entschädigt. Tatsächlich. Bevor Ignazio Cassis 2017 in den Bundesrat einzog, legte er offen, dass ihm das Präsidium des Krankenkassenverbandes Curafutura

jährlich 180 000 Franken eingebracht und damit die Entschädigung seines Nationalratsmandats deutlich überstiegen habe.

Solche Mandate haben allerdings ihren Preis. «Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die derartige Nebenmandate annehmen, ganz besonders, wenn sie dafür auch noch hoch entschädigt werden, mutieren zu Lobbyisten der betreffenden Unternehmen», kritisiert Martin Hilti, Geschäftsführer von Transparency International Schweiz. Sie vertreten die Interessen der Firmen statt jene des Volks. «Wenn dann auch noch Überschneidungen bestehen zwischen dem Tätigkeitsfeld des Unternehmens und der Sachbereichskommission, in der die Parlamentarierin oder der Parlamentarier sitzt, ist der Lobbyeinfluss besonders gross.»

Vielen Politikern geht es dabei auch um eine Art Vorsorge. «In Bern lassen sich Netzwerke knüpfen. Türen gehen auf, die dann einmal, nach dem Rück-

tritt, wichtig werden für das berufliche Fortkommen», so Hilti. So gelang etwa dem ehemaligen SP-Präsidenten Christian Levrat ein fliegender Wechsel aus der Politik an die Spitze des Verwaltungsrates der Post.

Sucht ein Parlamentarier das Geld, setzt er folglich auf Nebenmandate und pflegt fleissig Kontakte. Eine Erfolgsgarantie gibt es selbst bei dieser Strategie keine. «Die paar Mandate, die wirklich einschenken, sind nicht besonders zahlreich», sagt der Politgeograf Michael Hermann. Auch kämen für diese Posten längst nicht alle infrage.

Keine einfachen Aussichten für politische Glücksritter. Ein Trost: «Ein nationales politisches Amt verspricht symbolisches Kapital, das sich nicht mit Geld aufwiegen lässt», sagt Hermann. «Darum streben einige vermögende Personen auch in die Politik.» Reich an Geld werden also die wenigsten in der Politik. Reich an Erfahrung fast alle. Simon Marti